



Haushalts- und Finanzausschuss

91. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

16. September 2004

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:40 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

• Ergebnis..... 1

1 Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes..... 1

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5576

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes –
3. AG SGB VIII (KJHG) NRW**

*) Vertraulicher Teil mit den TOPs 10 und 11 siehe
Vertrauliches APr 13/50

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5578

In Verbindung damit:

Gesetz zur Förderung der Jugend (Jugendfördergesetz NRW)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5392

Ausschussprotokoll 13/1293 (öffentliche Anhörung)

	• Ergebnis: vertagt.....	1
2	§ 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden.....	2
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/5326	
	• Diskussion	2
	• Ergebnis.....	8
3	Beteiligung des Landtags Nordrhein-Westfalen in EU- Angelegenheiten.....	9
	hier: Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemein- schaften zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Auf- träge und Konzessionen	
	EU-Vorlage 13/363	
	• Bericht durch Minister Jochen Dieckmann (FM)	9
	• Diskussion	10
4	Beteiligung des Landtags Nordrhein-Westfalen in EU- Angelegenheiten.....	11
	hier: Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/Entwicklung hinsichtlich des Ortes der Dienstleistung	

EU-Vorlage 13/3381

- Schriftlicher Bericht von Minister Jochen Dieckmann (FM)..... 11

5 Beteiligung des Landtags Nordrhein-Westfalen in EU-Angelegenheiten..... 13

hier: Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss: Bilanz und Aktualisierung der Prioritäten der Mehrwertsteuerstrategie

EU-Vorlage 13/3423

- Schriftlicher Bericht von Minister Jochen Dieckmann (FM)..... 13

6 Ergebnisse (Management-Summary) der Untersuchung der Managementprozesse der fiscus GmbH (Management-Audit)..... 16

Vorlage 13/2911

Vertrauliche Vorlage 13/316

- Bericht durch Minister Jochen Dieckmann (FM) 16
- Diskussion 18

7 Situation der Spielkasinos in Nordrhein-Westfalen..... 23

- Bericht durch Minister Jochen Dieckmann (FM) 23
- Diskussion 25

8 Finanzielle Situation der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes seit dem 1. Januar 2003 28

- Bericht durch Minister Jochen Dieckmann (FM) 29

9 Verschiedenes 32

- Sondersitzungen..... 32

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

kommt der **Ausschuss** überein, einer Bitte des Finanzministeriums zu folgen und den Punkt „Veräußerung eines Grundstückes des Münster'schen Studienfonds“ unter Tagesordnungspunkt 10 zu behandeln.

1 **Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5576

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes –
3. AG SGB VIII (KJHG) NRW**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5578

In Verbindung damit:

Gesetz zur Förderung der Jugend (Jugendfördergesetz NRW)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5392

Ausschussprotokoll 13/1293 (öffentliche Anhörung)

Vorsitzender Volkmar Klein merkt an, die Obleute seien aufgrund Beratungsbedarfs seitens der Fraktionen gestern übereinkommen, diesen Punkt heute nicht zu behandeln und schlägen vor, zu diesem Punkt eine Sondersitzung am 28. September 2004 von 14:30 bis etwa 15:00 Uhr durchzuführen. – Nach dem Hinweis vonseiten der Abgeordneten **Angela Freimuth (FDP)** und **Christian Lindner (FDP)** auf die bereits für den 22. September vorgesehene abschließende Beratung des federführenden Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie unterbricht der HFA diesen Tagesordnungspunkt und nimmt ihn nach Abhandlung des Tagesordnungspunktes 6 wieder auf. In der Zwischenzeit hat sich auf entsprechende Recherche herausgestellt, dass der federführende Ausschuss seine abschließende Beratung auf einen Termin kurz vor dem Oktober-Plenum verschiebt. – Daraufhin stimmt der **Ausschuss** einer Sondersitzung am 28. September zu und will gegebenenfalls nach

Fraktionsstärke abstimmen, da an dem Nachmittag auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I tagt.

2 § 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5326

Vorsitzender Volkmar Klein merkt vorab an, der Antrag der Fraktion der CDU sei vom Plenum am 13. Mai 2004 an den HFA – federführend – und an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zur Mitberatung überwiesen worden.

Nach einer ersten Beratung des Antrags im HFA am 23. Juni 2004 habe sich der Ausschuss darauf verständigt, die Beratung des mitberatenden Ausschusses abzuwarten, der in seiner gestrigen Sitzung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP dem HFA empfohlen habe, den Antrag abzulehnen.

Das vom Finanzministerium des Landes im ersten Beratungsdurchgang angekündigte Ausführungsschreiben des Bundesfinanzministeriums zu § 8a Körperschaftsteuergesetz sei mit Datum vom 15. September inzwischen an die Ausschussmitglieder verteilt worden.

Helmut Diegel (CDU) führt aus, allein schon bei Lektüre und oberflächlicher Plausibilitätsprüfung dieses Anwendungserlasses werde deutlich, dass es sich offensichtlich um einen schwierigen Paragraphen handle, wenn dessen Erklärung allein 19 Seiten bedürfe. Das stütze das Anliegen der CDU, die Koalitionsfraktionen zu bitten, die Landesregierung gemeinsam aufzufordern, initiativ zu werden, um zu einer klaren gesetzlichen Regelung zu gelangen.

Wer nicht nur eine oberflächliche Prüfung durchführe, sondern auch in die Inhalte einsteige, werde bei näherem Studium des Anwendungsschreibens feststellen, dass die darin gemachten Ausführungen – in der Regel am Gesetz vorbei oder wohl auch über das Gesetz hinaus – Auslegungen zuließen, die möglicherweise nicht gerichtsfest seien.

Bei einer Tagung von Steuerberatern in der letzten Woche in Recklinghausen seien diese sich unisono einig gewesen, dass diese Auslegung keinen Bestand habe, den Mittelständlern nicht hilfreich sei und auf keinen Fall einer gerichtlichen Prüfung standhalte. Wenn dies zutreffe, sei der Anwendungserlass nicht nur nicht hilfreich, sondern es sei auch mit einer Flut von Klagen zu rechnen und gesamte Prozess schließlich ein Eigentor.

Ein Anwendungserlass mit so vielen Seiten an Erklärungen sei nicht geeignet, die Probleme zu lösen. Deshalb werbe seine Fraktion nach wie vor darum, die Landesregierung zu drängen, § 8a im Wortlaut eindeutig zu machen.